

**Beihefte der Konjunkturpolitik**  
**Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung**  
**Begründet von Albert Wissler**

---

**Heft 39**

# **Die deutsch-deutsche Integration**

**Ergebnisse, Aussichten und  
wirtschaftspolitische Herausforderungen**



**Duncker & Humblot · Berlin**

# **Die deutsch-deutsche Integration**

**Beihefte der Konjunkturpolitik**  
**Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung**  
Begründet von Albert Wissler

---

**Heft 39**

# **Die deutsch-deutsche Integration**

## **Ergebnisse, Aussichten und wirtschaftspolitische Herausforderungen**

**Bericht über den wissenschaftlichen Teil der 54. Mitgliederversammlung  
der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher  
Forschungsinstitute e.V. in Bonn am 14. und 15. Mai 1991**



**Duncker & Humblot · Berlin**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die **deutsch-deutsche Integration** : Ergebnisse, Aussichten und wirtschaftspolitische Herausforderungen ; Bericht über den wissenschaftlichen Teil der 54. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. in Bonn am 14. und 15. Mai 1991 / [Schriftl.: Herbert Wilkens]. — Berlin: Duncker und Humblot, 1992 (Beihefte der Konjunkturpolitik ; H. 39)  
ISBN 3-428-07315-0  
NE: Wilkens, Herbert [Red.]; Konjunkturpolitik / Beihefte

Schriftleiter: Herbert Wilkens

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 1992 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Satz: Werksatz Marschall, Berlin 45

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin 61

Printed in Germany

ISSN 0452-4780

ISBN 3-428-07315-0

## Vorwort

In diesem Beiheft wird über den wissenschaftlichen Teil der 54. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. berichtet, die am 14. und 15. Mai 1991 in Bonn stattfand und das Thema

*Die deutsch-deutsche Integration:*

*Ergebnisse, Aussichten und wirtschaftspolitische Herausforderung* zum Gegenstand hatte.

Für die wissenschaftliche Vorbereitung ist dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, und dem Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel zu danken. Referate hielten Karl Brenke (Berlin), Juergen B. Donges (Köln), Hans-Hagen Härtel (Hamburg), Wilhelm Henrichsmeyer (Bonn), Georg-Hermann Milbradt (Dresden), Hilmar Schmidt (Berlin), Klaus-Dieter Schmidt (Kiel), Horst Schöberle (Bonn), Heinz Schrumpf (Essen), Klaus Werner (Berlin).

Die abschließende Podiumsdiskussion wurde moderiert von Wolfram Baentsch (Düsseldorf), Teilnehmer waren Lutz Hoffmann (Berlin), Erhard Kantzenbach (Hamburg), Paul Klemmer (Essen), Karl Heinrich Oppenländer (München), Horst Siebert (Kiel), Christian Watrin (Köln).

Die Schriftleitung besorgte Herbert Wilkens (Berlin).

Die 55. Mitgliederversammlung soll am 14. und 15. Mai 1992 in Bonn stattfinden und das Thema

*Wirtschaftsreformen in Mittel- und Osteuropa*

behandeln.

München, im September 1991

Karl Heinrich Oppenländer  
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft



## Inhalt

Horst Schöberle	
Finanzierung des Staatshaushaltes: Zielkonflikt zwischen Geld und Finanzpolitik? .....	9
Zusammenfassung der Diskussion. Referat Schöberle .....	19
Georg Milbradt	
Finanzausgleich nach der Vereinigung .....	25
Zusammenfassung der Diskussion. Referat Milbradt .....	39
Hilmar Schmidt	
Neustrukturierung durch Privatisierung — die Rolle der Treuhandanstalt	47
Zusammenfassung der Diskussion. Referat Schmidt .....	58
Karl Brenke	
Aktuelle Entwicklung in den Sektoren: Der Industriesektor .....	65
Klaus-Dieter Schmidt	
Zur wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland: Der Dienstleistungssektor	73
Wilhelm Henrichsmeyer	
Aktuelle Entwicklungen in den Sektoren: Die Landwirtschaft .....	83
Zusammenfassung der Diskussion. Referate Brenke, K.-D. Schmidt und Henrichsmeyer .....	94
Juergen B. Donges	
Arbeitsmarkt und Lohnpolitik in Ostdeutschland .....	101
Zusammenfassung der Diskussion. Referat Donges .....	118
Heinz Schrumpf	
Engpässe in der Infrastruktur in den neuen Bundesländern .....	127



Hans-Hagen Härtel	
Chancen und Hemmnisse für mehr Wettbewerb durch die deutsche Vereinigung .....	141
Klaus Werner	
Die Handelsbeziehungen der ostdeutschen Länder mit dem ehemaligen RGW-Raum, Lage und Perspektiven 1991 .....	149
Zusammenfassung der Diskussion. Referate Schrumpf, Härtel und Werner	165
Podiumsdiskussion .....	177
Teilnehmerverzeichnis .....	199

## **Finanzierung des Staatshaushaltes: Zielkonflikt zwischen Geld und Finanzpolitik?**

Von Horst Schöberle, Bonn

Meine Damen und Herren,

Staatssekretär Dr. Köhler hatte anlässlich Ihrer 54. Mitgliederversammlung das Referat zum Thema „Finanzierung des Staatshaushaltes: Zielkonflikt zwischen Geld und Finanzpolitik?“ übernommen. Zu seinem großen Bedauern kann er die Zusage nicht einhalten. In seiner Vertretung werde ich das Thema behandeln, das die Gelegenheit bietet, die Grundsätze der Finanzpolitik für einen erfolgreichen deutschen Vereinigungsprozeß darzulegen.

Der wirtschaftliche und soziale Vereinigungsprozeß der neuen und alten Bundesländer stellt sicherlich die seit langem größte und wichtigste Herausforderung für die Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik dar. Es geht darum, die Folgen von 45 Jahren katastrophaler sozialistischer Mißwirtschaft in Ostdeutschland zu beseitigen, auf die der Zusammenbruch der Wirtschaft in den neuen Bundesländern zurückzuführen ist.

Dies haben schon viele aus ihren Köpfen verdrängt. Umso wichtiger ist es, auf die eigentliche Ursache hinzuweisen, wie dies der Sachverständigenrat und die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute getan haben.

Das wiedervereinigte Deutschland — als eine der größten Industrienationen — muß sich aber auch den gestiegenen Anforderungen des Auslands stellen und einen größeren Beitrag zur Lösung internationaler Aufgaben und Konflikte leisten. Dieses Zusammentreffen gewaltiger Aufgaben erfordert die Ausschöpfung aller Möglichkeiten und den Zusammenhalt aller Kräfte.

Wichtig ist jetzt, daß sich die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivitäten und der Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen und handlungsfähiger Verwaltungen in Ostdeutschland so schnell wie möglich und nachhaltig vollzieht. Dies erfordert in den nächsten Jahren auch einen beträchtlichen privaten und öffentlichen Kapitaltransfer in die neuen Bundesländer.

Es muß aber davor gewarnt werden, der Staat sei in der Lage, für alle Anpassungslasten einzutreten. Die staatlichen Finanzhilfen und Programme, die die Bundesregierung für den Umstrukturierungsprozeß in Ostdeutschland beschlossen hat, können den Investitionsaufschwung lediglich anschieben. Getragen werden muß er von den Unternehmen und ihren Arbeitskräften, den Selbständigen und den Verwaltungen in den neuen Bundesländern.

Für diesen Zweck stehen einschließlich des Gemeinschaftswerks Aufschwung-Ost nunmehr für 1991 Mittel von rd. 50 Mrd DM für öffentliche Investitionen (einschließlich Bahn und Post) und für Investitionsförderung zur Verfügung, namentlich zur Verbesserung der völlig vernachlässigten Infrastruktur.

Mit ergänzenden Maßnahmen zur Gewährleistung einer ausreichenden Finanzausstattung der neuen Bundesländer — die zukünftig eine stärkere Beteiligung der Länder und Gemeinden erforderlich macht — und zur Umsetzung der einzelnen Programme sind nunmehr gute Rahmenbedingungen für einen baldigen Aufschwung gelegt. Hierzu zählt auch die Unterstützung zum Aufbau einer funktionierenden Verwaltung und Justiz sowie eine großzügige Vorfahrtsregelung für Investoren beim Erwerb von Grundstücken und Unternehmen, die sich allerdings in der Praxis erst noch bewähren muß.

Alle notwendigen und richtigen Maßnahmen zur gezielten Investitions- und Wirtschaftsförderung können jedoch nur greifen, wenn die Treuhandanstalt ihren Auftrag zur schnellen Privatisierung, zur entschlossenen Sanierung und — wo keine Überlebenschance mehr besteht — durch behutsame Stilllegung wirksam bewältigen kann.

Der Aufbau der Infrastruktur und die Modernisierung der Industrie ist aber selbst bei sehr hohen Investitionen nicht von heute auf morgen zu bewältigen. Das Entstehen neuer Produktionen ist an Investitionen gebunden, deren Planung und Durchführung ihre Zeit brauchen.

Zur Finanzierung der Jahrhundertaufgabe „deutsche Einheit“ verfolgt die Bundesregierung ein ausgewogenes Konzept, das weder die öffentlichen Kassen, die Kapitalmärkte noch die Steuerzahler überfordert.

Umfangreiche Maßnahmen zur Haushaltsentlastung und Einnahmeverbesserung sollen die Nettokreditaufnahme des Bundes von 70 Mrd DM im Jahr 1991 stufenweise auf 30 Mrd DM im Jahr 1994 zurückführen. Dabei ist ein erster deutlicher Schritt für 1992 mit einer Rückführung der Nettokreditaufnahme des Bundes auf 50 Mrd DM und für 1993 eine weitere Verringerung auf 40 Mrd DM vorgesehen.

Ziel ist es, das Defizit im öffentlichen Gesamthaushalt, das im Jahr 1991 etwa 5 bis 5 1/2 bis 4 vH des BSP (3 1/2 vH in VGR-Abgrenzung) betragen

dürfte, bis 1994 auf unter 3 vH des BSP zu reduzieren, um damit auf jenen Weg zurückzukehren, der die anhaltende wirtschaftliche Dynamik seit 1982 ausgelöst hat. Damit dieses Ziel erreicht wird, sind beträchtliche Anstrengungen erforderlich.

Die Verantwortung zur Erreichung dieses Ziels liegt aber nicht allein beim Bund. Die Länder und Gemeinden sind gefordert, ihren Beitrag hierfür durch eine maßvolle Ausgabengestaltung zu leisten. Es geht auch nicht an, daß der Bund die Hauptlast der Wiedervereinigung trägt, Länder und Gemeinden dagegen über ihr erhöhtes Steueraufkommen einen finanziellen Gewinn machen.

Auch die neuen Länder und ihre Kommunen sind bei der Begrenzung der staatlichen Defizite gefordert. Sie tragen mit ihren Entscheidungen über Tempo und Ausmaß für den in ihrer Verantwortung stehenden Abbau der hohen Subventionen und des weit übersetzten Personalbestands zum Erreichen des gesamtstaatlichen Konsolidierungsziels bei.

Zum Ausgleich der hohen Mehrbelastungen, insbesondere für den Bundeshaushalt, sind beträchtliche Ausgabeersparungen, Umschichtungen und der Abbau von Subventionen bereits verwirklicht oder vorgesehen.

Insgesamt ergeben sich in diesem Jahr und nach dem Finanzplan auch in den nächsten Jahren — direkt und indirekt — aus der Wiedervereinigung Mehrbelastungen für den Bundeshaushalt von rund 100 Mrd DM. Einen solchen Betrag kurzfristig vor allem durch Einsparungen auszugleichen, ist eine finanzund haushaltspolitische Illusion. Das gesamte Ausgabenvolumen des letzten rein westdeutschen Bundeshaushalts 1989 belief sich auf knapp 300 Mrd DM. Rund ein Drittel dieses Volumens hätte zur Disposition gestanden.

Immer wieder wird der Vorwurf erhoben, es würden nur unzureichende Einsparungen vorgenommen. Dabei wird verkannt, daß seit Beginn des Wiedervereinigungsprozesses Haushaltsentlastungen mit einem Gesamtvolumen von fast 50 Mrd DM beschlossen wurden, wobei mehr als die Hälfte davon Ausgabekürzungen sind.

Schwerpunkte der Haushaltsentlastung im Haushaltsentwurf 1991 und im Finanzplan bis 1994 sind:

- Kürzungen bei den Verteidigungsausgaben um 7,6 Mrd DM
  - Begrenzung des Bundeszuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit durch eine vorübergehende Anhebung der Beiträge und durch Minder Ausgaben mit einem Gesamtvolumen von 20,8 Mrd DM
  - Umlenkungen von Investitionen in einer Größenordnung von 2 Mrd DM
- Darüber hinaus sind Kürzungen in zahlreichen Einzelpositionen vorgesehen.